

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

2 (3.1.1917)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Einzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 J. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Preis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkästler monatl. 66 J., 1/2 jährl. 2,25 M., zugestellt durch unsere Träger 88 J bezw. 2,55 M., durch den Postbot. 89 J bezw. 2,67 M., durch d. Feldpost 90 J bezw. 2,60 M.; vorauszahlbar.

Abgelehnt.

Karlsruhe, 3. Jan. 1917.

Wenigstens drei Wochen haben die Staatsmänner der Entente gebraucht, bis sie die Formel für die Antwort auf das Friedensangebot der Mittelmächte gefunden hatten. Die Antwort ist so ausgefallen, wie man sie nach den vorhergegangenen Reden der Protowski, Briand und Lloyd Georges erwarten mußte. Zwar ist sie formell nicht unbedingt ablehnend, tatsächlich aber läßt die Note keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Entente von einem Frieden noch nichts wissen will. Der Ton der Note ist äußerst scharf und verletzend und läßt schon aus diesem Grunde die Hoffnung auf Erfolg versprechende Verhandlungen nicht aufkommen. Schon die ungewöhnliche Länge der Antwort zeigt sehr deutlich, wie unangenehm der Entente das Friedensangebot war und sie sucht deshalb mit allen diplomatischen Schuften den günstigen Eindruck, den das Friedensangebot der Mittelmächte in den neutralen Staaten gemacht hat, nach Möglichkeit abzuwischen. Diesem Zwecke dient vor allem die Behauptung, die Entente hätte den Krieg zu vermeiden gesucht und ihre Friedensliebe durch Taten bewiesen. Wie sehr diese Behauptungen mit den allernäherliegenden Tatsachen im Widerspruch stehen, braucht hier nicht des Näheren dargelegt zu werden. Abg. Davids hat erst dieser Tage an Hand der diplomatischen Akten in der „Frankfurter Zeitung“ gegenüber einem französischen Publizisten wieder den Nachweis geführt, daß Rußland alle Bemühungen, den Frieden zu erhalten, durchkreuzt habe und daß es dies nur tun konnte, weil es der Unterstützung Frankreichs und Englands absolut sicher war.

Es ist eine blanke Unwahrheit, wenn in der Antwort der Entente behauptet wird, die Zentralmächte hätten im Juli 1914 alle Versuche, die von der Entente unternommen wurden, um den Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien örtlich zu beschränken, zurückgewiesen. Es gehört angefaßt der diplomatischen Akten über die damaligen Verhandlungen eine ungewöhnliche Portion Gewissenlosigkeit und Heuchelei dazu, eine solche Behauptung in einem amtlichen Schriftstück aufzustellen. Tatsächlich hat Deutschland damals Oesterreich-Ungarn veranlaßt, den Vorschlag Greys, nur Belgrad zu besetzen und dann alle weiteren kriegerischen Handlungen einzustellen, bis die diplomatischen Verhandlungen mit den Großmächten über die von Serbien zu leistende Genugtuung abgeschlossen sind, anzunehmen. Die russische Mobilmachung hat alle diese Bemühungen über den Haufen geworfen. Welchen Wert angefaßt dieser Tatsache die sonstigen damaligen diplomatischen Zwischenpiele der Entente diplomaten und des Kaisers von Rußland beanspruchen können, bedarf keiner näheren Beleuchtung. Es waren Manöver, dazu bestimmt, die Welt über die eigentlichen Urheber des Krieges zu täuschen. Auch der immer wiederkehrende Hinweis auf die Verletzung der belgischen Neutralität wird den gewöhnlichen Eindruck nicht mehr machen. Ganz abgesehen davon, daß die Welt mittlerweile erfahren hat, wie es in Wirklichkeit mit der Neutralität Belgiens bestellt war, ist das Vorgehen der Entente gegen Griechenland ein unwiderleglicher Beweis für die erbärmliche Heuchelei, die hinter allen diesen Entrüstungen über die „Vergewaltigung Belgiens“ steckt.

Eine geradezu unerhörte Ungeniertheit ist es aber, wenn in der Note der Entente von den unzähligen Attentaten Deutschlands und seiner Verbündeten gegen Kriegsführende und Neutrale die Rede ist und dagegen Garantien und Genugtuung verlangt werden. Das mag die Entente zu behaupten angefaßt der zahllosen Attentate Englands gegen die Neutrale, angefaßt der Barcelonaaffäre und vieler anderer Vorgänge, von den Greuelkaten der Russen ganz zu schweigen. Wirklich ein starkes Stück.

Wir begreifen es im Hinblick auf diese diplomatischen Leistungen der Entente-Staatsmänner durchaus, wenn sie von Friedensverhandlungen nichts wissen wollen, weil dieses Anerkennen die öffentliche Meinung in den Ländern der Alliierten beunruhigt. Es geht um die Köpfe der Herren, die seit zwei Jahren die Welt belligern und ihre Völker am Rartenschiff herumführen.

Deutschland und seine Verbündeten haben nicht nötig, durch Vorpiegelung falscher Absichten Stimmung zu machen. Die Tatsachen sprechen eine zu laute Sprache, als daß es die Zentralmächte nötig hätten, zu solchen Mitteln ihre Zuflucht zu nehmen. Sie können dem Urteil der Geschichte über diesen Krieg, seine Urheber und seine Begleitermeinungen mit ungleich mehr Ruhe entgegensehen als die Staatsmänner an der Themse, in Paris und Petersburg, von denjenigen in Rom und Bukarest gar nicht zu reden.

Wahrscheinlich, ja sogar sehr wahrscheinlich ist, daß die Antwort auf die Note Wilsons und die neutralen Staaten wesentlich ruhiger und vielleicht auch entgegenkommender ausfallen wird. An der Tatsache selbst, daß die Entente von ernsthaften Friedensverhandlungen nichts wissen will, ändert dies aber nichts. Der Friedenswille der Völker aber wird weiter wachsen und sich verstärken. Das er in absehbarer Zeit bei den

Staatsmännern der Entente mehr Gehör findet, dafür werden die Waffen der Zentralmächte sorgen. Diese haben nicht, wie die Entente glauben machen will, aus Schwäche die Hand zum Frieden geboten. Eine solche Annahme findet weder in der Kriegslage, noch in irgend welchen sonstigen Verhältnissen einen genügend stichhaltigen Grund. Die Mittelmächte machten das Friedensangebot, weil sie ernstlich gewillt waren, der schaurigen nutzlosen Menschenschlächterelei ein Ende zu machen. Sie haben offen erklärt, daß sie Angebote machen werden, die einen dauernden Frieden garantieren. Es liegt auf der flachen Hand, daß sie dabei nicht an einen Frieden dachten, den unsere Feinde nicht akzeptieren konnten. Diese wollten einfach keinen Frieden, weil sie nach Lage der Verhältnisse, unter welchen er zustande gekommen wäre, nicht ihre Eroberungs- und Vernichtungsziele hätten durchführen können. Sie hofften noch immer, durch die Ueberlegenheit der Zahl den erhofften Sieg erringen zu können. Weil sie den Krieg gewollt und ganz bestimmte Ziele dabei im Auge hatten, die zu verwirklichen ihnen bisher nicht gelungen ist, deshalb und aus keinem andern Grunde haben sie das Friedensangebot abgelehnt.

Damit muß das deutsche und müssen die mit ihm verbündeten Völker rechnen. Jetzt heißt es, alle Kräfte zusammenraffen. Wir sind wie ein Mann entschlossen, den uns ausgenötigten Kampf durchzuführen und wir dürfen nach den glänzenden Erfolgen unserer Truppen die zuversichtliche Hoffnung hegen, daß er ein für uns siegreiches Ende finden wird. Großes hat das deutsche Volk schon bisher in diesem gigantischen Ringen geleistet. Unsere Feinde werden aber staunen, wenn dieses Volk fähig ist, wenn man es zum Anzettel treibt. Jetzt geht es auf Tod und Leben unserer Nation. Die furchtbare Verantwortung für die Folgen fallen einzig und allein auf sie.

Vom Krieg.

Deutscher Tagesbericht.

Siegreiches Vorwärtsdrängen in Rumänien. Weitere 1600 Gefangene.

W.W. Großes Hauptquartier, Amtlich, 2. Jan. 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Im Opatowitz-Bogen lebhafter Artilleriekampf. Englische Handgranatengriffe wurden abgewiesen.

Seeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne, im Argonnerwald und auf dem Ostufer der Maas drangen deutsche Stoßtruppen und Patrouillen in französische Gräben und kehrten mit Gefangenen und Beutefrüchten befehlsgemäß zurück.

Ein englisches Großflugzeug fiel in unsere Hand.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Unternehmungen russischer Jagdkommandos südlich von Riga, im Südwesten von Dinaburg und westlich von Stanislaulieben ohne Erfolg.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Südlich des Protosul-Tales gelangte der vielumtriebene Höhenrücken des Jaltucanu durch frischen Ansturm in deutsche Hände.

Längs der aus dem Vereczker-Gebirge zum Sereth führenden Täler warfen Angriffe den Feind weiter zurück; unsere Truppen erlitten beiderseits des Ditoz-Tales mehrere Höhenstellungen. Soveja — im Sufito-Tale — ist genommen. Ruffisch-rumänische Vorstöße wurden zurückgeschlagen, 300 Gefangene eingebracht.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Die neuerte Armee zwang den Russen, in scharfem Nachdrängen seine Nachhut vorwärts zu weiterem Rückzug. Von Westen und Süden näherten sich deutsche und österreichisch-ungarische Truppen den Brückenkopfstellungen bei Jocsani und Fudeni. Ueber 1300 Gefangene und viel Kriegsmaterial blieben in der Hand des unermüdlichen Verfolgers.

Zwischen Buzaul und Donau hält der Gegner seinen Brückenkopf.

Ostlich von Braila, in der Dobrudscha, nahmen deutsche und bulgarische Truppen jäh verteidigte Stellungen des Russen und warf ihn auf Macin zurück. In den Kämpfen zeichnete sich das Pommerische Inf.-Regt. Nr. 9 aus.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutscher Abendbericht.

W.W. Berlin, 2. Jan., abends. (Amtlich.) Im Westen und Osten nichts Besonderes.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 2. Jan. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In der Dobrudscha wurde der Feind auf Macin zurückgeworfen. In der Moldau stehen die verbündeten Streitkräfte vor den Verteidigungslinien von Braila und Jocsani. Der Südflügel der Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph machte gestern, namentlich im Raume von Paulesci und Soveja, Fortschritte. Unsere Truppen erklimmten hier und südlich Sava mehrere feindliche Stellungen. Bei Stanislaulieben wurden russische Streifabteilungen abgewiesen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 2. Jan. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern. Kaukasusfront. Scharmützel auf unseren Gunsten. Die Engländer verbreiten Nachrichten von großen Siegen bei El Arisch und Magdabah, indem sie die Zahl der Gefangenen und die Beute übertreiben. Wir haben El Arisch freiwillig und ohne Kampf geräumt. Es ist wahr, daß bei Magdabah ein Kampf stattfand, in dessen Verlauf unsere Vorhut Verluste erlitten. Die Bedeutung des englischen Erfolges läßt sich aus der Tatsache ermaßen, daß die Engländer Magdabah bereits wieder geräumt und sich auf El Arisch zurückgezogen haben. Auf der übrigen Front kein Ereignis von besonderer Bedeutung.

Französischer Bericht.

Paris, 2. Jan. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: In der Champagne griffen die Deutschen gegen 6 Uhr abends nach einer Weisung mit Grabenmörsern unsere vorgeschobenen Posten westlich von Auberville zweimal an. Beide Verläufe scheiterten im Feuer unserer Maschinengewehre und Handgranaten vollständig. Auf dem rechten Maasufer war der Artilleriekampf in der Nacht auf der Front Ferme des Chamorettes-Regiments ziemlich lebhaft. Von der übrigen Front ist nichts zu melden. Abendbericht: Auf dem rechten Maasufer scheiterte ein starker Handstreich gegen die östlich der Ferme von Chamorettes von uns eroberten Gräben vollständig. Der Tag war auf dem übrigen Teil der Front verhältnismäßig ruhig. — Belgischer Bericht: Ostlich von Mamschelle und gegen Dymuiden wechselseitige Artilleriefeuer. Lebhafter Kampf der Feld- und Grabenartillerie bei Getjas.

Englischer Bericht.

London, 2. Jan. Amtlicher Bericht von gestern: In der letzten Nacht drangen unsere Patrouillen in die feindlichen Gräben östlich von Armentieres ein. Heute morgen erreichten feindliche Patrouillen unsere Linien südlich von Bilkem. Sie wurden sofort hinausgeworfen. Im Laufe der Nacht die übliche Tätigkeit der feindlichen Artillerie nördlich von der Ancre. Heute wechselseitige Artillerietätigkeit hauptsächlich im Vorsprung bei Loos und in der Nähe von Franquiffart und Ypern.

Ereignisse zur See.

Eine neue Möve?

Von der schweizerischen Grenze, 2. Jan. Die Havasagentur meldet aus Coruna: Der norwegische Dampfer „Tora“ ist im Hafen von Camarinas (südwestlich von Coruna) eingelaufen, befehligt von 5 Deutschen. Er hatte außerdem 14 Matrosen des Dampfers und 7 Seeleute eines torpedierten englischen Dampfers an Bord.

Neue Opfer der U-Boote.

W.W. London, 31. Dez. Lloyd's melden: Der norwegische Segler „Kornmo“ und die norwegischen Dampfer „Hero“ und „Hysgrand“ sollen versenkt worden sein.

W.W. London, 1. Jan. Der englische Dampfer „H. psey Hall“ ist versenkt worden.

W.W. Magsfluis, 30. Dez. Der holländische Dampfer „Brunswyk“ ist in der Nordsee auf eine Mine gelaufen. Er wird vom Dampfer „Noordwyk“ unterstützt. Beide sind unterwegs nach Nieuwe Waterweg. Schlepper sind zur Hilfeleistung abgegangen.

W.W. London, 30. Dez. (Lloyd'smeldung.) Man glaubt, daß der englische Dampfer „Zoroaster“ versenkt worden ist. Der englische Dampfer „Misleban“ ist versenkt worden, seine Besatzung gelandet, der Kapitän als Gefangener an Bord des Unterseebootes gebracht.

W.B. London, 2. Jan. (Nichtamtlich.) Wie „Lloyd's“ meldet, sind der griechische Dampfer „Demetres“, „Zingliss“ und die norwegischen Dampfer „Flora“ und „Eva“ versenkt worden. Wie man glaubt, ist der russische Segler „Secdonis“ versenkt worden.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die amerikanischen Matrosen auf Transportschiffen kriegsführender Mächte.

W.B. Berlin, 2. Jan. Die „V. Z.“ am Mittag“ meldet aus Lugano: Unter der Überschrift „Amerikaner sind nicht mehr Amerikaner“ berichtet die „Tribuna“ nach dem „Newport Herald“: Staatssekretär Lansing hat beschlossen, daß diejenigen amerikanischen Matrosen, die bei der Torpedierung des „Muffian“ ums Leben kamen, nicht als Amerikaner zu betrachten sind, denn sie sind, da sie sich zu einem Transport einer kriegsführenden Macht verpflichtet haben, denjenigen amerikanischen Bürgern gleich zu achten, die in den Dienst eines fremden Heeres eingetreten sind und dadurch freiwillig auf den Schutz ihrer Regierung verzichtet haben. Die „Muffian“ war ein englischer Ferntransportdampfer.

Cadorna legt den Oberbefehl nieder?

Amsterdam, 2. Jan. Wie die „Morgenp.“ aus London erzählt, wird Cadorna demnächst den Oberbefehl an General Porro abtreten müssen.

Norwegen erhält keine englischen Kohlen mehr.

W.B. Stavanger, 2. Jan. Ein hiesiger Kohlenimporteur erhielt gestern vormittag Telegramme seiner Vertreter in England, daß sämtliche Lizenzen für Norwegen am 31. Dezember aufgehoben worden seien.

Wirkungen des Krieges in Portugal.

Amsterdam, 2. Jan. (W.B.) Einem hiesigen Blatte zufolge wird der „Times“ aus Lissabon gemeldet, daß die portugiesische Regierung infolge des im Lande herrschenden Fleischmangels einen fleischlosen Tag in der Woche vorgeschrieben hat. Die Schlachtung von Rindvieh, das jünger als drei Jahre ist, wurde verboten. Ferner soll die Beleuchtung in Privathäusern auf die Hälfte eingeschränkt werden. Die Geschäfte müssen um 7 Uhr abends schließen, die Theater und Staffehäuser um 11 Uhr.

Ein diplomatischer Vertreter Englands bei der Regierung Venizelos.

W.B. London, 2. Jan. (Reuter.) Das Auswärtige Amt gibt bekannt, daß Carl of Granville, Legationsrat bei der Botschaft in Paris, zum Vertreter der englischen Regierung bei der Provinzialregierung des Venizelos in Saloniki mit dem Titel eines diplomatischen Agenten ernannt worden ist.

Ein rumänischer Raubbefehl.

Die üble Lage der rumänischen Armee und den moralischen Tiefstand ihrer Führer zeigt ein aufgefundenes Befehl des Intendantur-Oberleitnants Stanesco, Chefs des Intendanturdienstes der ersten aktiven rumänischen Division vom 2. November an das 43. Infanterie-Regiment, in dem die Verabreichung von Gefangenen zum System erhoben wird. Es heißt darin: „Gemäß dem Befehl des Herrn Divisionskommandeurs beehre ich mich, Sie zu bitten, daß die feindlichen Gefangenen Frühlingskleidung, Stiefel usw. abzunehmen und an unsere Soldaten zu geben sind.“

Die Ablehnung des Friedensangebots

W.B. Berlin, 2. Jan. Der schweizerische Gesandte hat hier gestern abend die Antwortnote der feindlichen Regierungen bekannt gegeben. Der Text enthält telegraphische Verkümmelungen, die der Richtigstellung bedürfen, bevor die Veröffentlichung der Note erfolgen kann. Im wesentlichen stimmt der Text mit dem bereits veröffentlichten Wortlaut der Agence Havas überein.

Spaniens Antwort an Wilson.

W.B. Madrid, 1. Jan. (Havas.) Die Regierung veröffentlicht folgende, dem englischen Gesandten übergebene Antwort Spaniens auf die Note Wilsons:

Die Regierung Seiner Majestät hat durch Vermittlung ihres Vorkaufes eine Abschrift der Note erhalten, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Kriegsführenden gerichtet hat und worin er dem Wunsch Ausdruck gibt, es möchte eine baldige Gelegenheit herbeigeführt werden, von allen zurzeit kriegsführenden Nationen eine Erklärung zu erlangen über ihren Standpunkt hinsichtlich der Grundlagen, die zur Beendigung des Krieges führen könnten. Diese Abschrift ist begleitet von einer anderen Note Civr. Ezquerra, datiert vom 22. Dezember, in der Sie gemäß später erhaltenen Weisungen im Namen des Präsidenten erklären, der Augenblick erscheine ihm geeignet für einen Schritt der Regierung Seiner Majestät, die, wenn sie es für tunlich erachte, die Haltung der Vereinigten Staaten unterstützen möge. Angesichts des begreiflichen Wunsches der genannten Regierung, in ihrem Vorschlag zu Gunsten des Friedens unterliegt zu werden, ist die Regierung Seiner Majestät der Ansicht, daß, da der Präsident der Nordamerikanischen Republik die Initiative ergriffen hat, und die verschiedenen Eindrücke, welche diese hervorgeufen hat, bereits bekannt sind, der Schritt, zu dem die Vereinigten Staaten einladen, keinerlei Wirkung haben würde, umso mehr als die Mittelmächte den festen Willen kundgegeben haben, daß die Friedensbedingungen unter den Kriegsführenden vereinbart werden sollen. Die Regierung Seiner Majestät ist bei voller Anerkennung für die edlen Tatkraften des Vorgehens des Präsidenten Wilson, das immer die Anerkennung und Dankbarkeit aller Völker verdient, bereit, sich nicht jeder Verhandlung über ein Abkommen, das geeignet ist, das so humanitäre Werk der Beendigung des Krieges zu fördern, zu entziehen, sie jedoch schwebend zu lassen und ihre Aktion auf den Augenblick aufzusparen, wo die Anstrengungen aller derjenigen, die den Frieden wünschen, mehr Nutzen und Wirksamkeit haben werden als jetzt und wo eine Intervention Aussicht auf gute Ergebnisse

bieten kann. In Erwartung dieses Augenblicks erachtet es die Regierung Seiner Majestät für opportun, zu erklären, daß sie hinsichtlich einer Verständigung zwischen den neutralen Ländern zum Schutze ihrer materiellen, durch den Krieg berührten Interessen jetzt wie zu Beginn des gegenwärtigen Krieges bereit ist, in Unterhandlungen einzutreten, die zu einem Abkommen führen könnten, das geeignet wäre, alle nichtkriegsführenden Länder zu vereinigen, sofern sie sich bereit erklärt haben und es für notwendig halten, den erlittenen Schäden gutzumachen oder zu vermindern.

Ein schwedisches Urteil über die Note der Entente.

W.B. Stockholm, 2. Jan. (Nicht amtlich.) Als erste Zeitung behandelt „Nya Dagbladet“ die Antwort der Entente auf das Friedensangebot der Mittelmächte. Das Blatt weist zunächst auf die kürzlich veröffentlichte Äußerung von Rudolf Kjellén hin, daß die Theorie der Entente aller Vernunft und den klaren Tatsachen widerspreche. Dann fährt das Blatt folgendermaßen fort: Was den Vertragsbruch Belgiens gegenüber anlangt, so hat Deutschland diesen zugegeben und damit erklärt, daß es eine Handlung der Notwehr war. Die Anklage, auf Grund deren sich die Ententemächte jetzt weigern, das deutsche Friedensangebot auch nur einer Prüfung zu unterziehen, kann von neutralen Zuschauern nicht als objektiv vorgebracht anerkannt werden. Kein vernünftiger Mensch glaubt, daß Deutschland aus Bosheit oder Rausch die halbe Welt überfallen hat. Sollte jemand das geglaubt haben, so würde seine Ueberzeugung gründlich erschüttert worden sein, seitdem Deutschland mitten in einer für Deutschland selbst günstigen Entwicklung des Krieges die Hand zum Frieden ausstreckte und sich bereit erklärte, maßvolle Bedingungen anzunehmen. Mit ihrer in so scharfer Note formulierten Ablehnung treffen die Ententeregierungen nicht nur die Mittelmächte, sondern auch den Präsidenten Wilson, der seine Mahnungen an die Kriegsführenden niemals hätte aussprechen können, wenn er die Auffassung geteilt hätte, die jetzt in der Note der Entente zum Ausdruck kommt. Sie treffen auch die neutralen Länder in Europa, die sich der Hoffnung auf Frieden anschließen haben, am allermeisten aber treffen sie vielleicht die Bevölkerung ihrer eigenen Länder, die sicher ebenso stark, wie der Feind, wenn nicht noch stärker den Frieden ersehnen. Unerhörte ist die Verantwortung vor Gegenwart und Nachwelt, die jene Staatsmänner auf sich geladen haben, die die Note der Alliierten diktieren haben.

Bemerkenswerte englische Äußerungen.

Amsterdam, 2. Jan. „Daily News“ schreiben: Deutschland wird sich schon vor Abgang der Antwort klar gewesen sein, daß kein Grund zu der Hoffnung auf Annäherung geheimer Unterhandlungen bestand, solange es keine Bedingungen nicht bekannt machte. Die jüngsten Vorgänge beweisen, daß die amerikanische Auffassung in dieser Hinsicht sich nicht viel von der der Verbündeten unterscheidet. Daraus ergibt sich allerdings noch nicht notwendigerweise, daß, nachdem die Friedensvorschläge abgelehnt sind, nun auch jede Hoffnung auf Unterhandlungen für die nächste Zukunft verfliegen ist. Die Verbündeten haben zwar Deutschland geantwortet, nicht aber auch dem Präsidenten Wilson, und auch Deutschland hat ihm keine weitere Antwort erteilt. Der Vorschlag zu einer Verhandlung im Dunkeln ist erledigt, der zweite Vorschlag, die Kriegsführenden möchten ihre Bedingungen bekannt geben, bleibt bestehen. In der jetzt veröffentlichten Antwort ist nichts enthalten, was dies erschweren könnte. Der nächste Zug ist jetzt an Deutschland. — Der „Manchester Guardian“ führt aus: Wir haben triftige Gründe, zur Ablehnung der Konferenz, solange die Bedingungen vorher nicht bekannt gegeben werden. Der Verband kann keinen Frieden auf Grund der jetzigen Kriegsfakte schließen, ohne dadurch seine Niederlage einzugehen oder die Ziele preiszugeben, für die seine Völker in den Krieg gezogen sind. Deutschland muß sich in einer anders gearteten Stimmung an uns wenden, es muß andere Vorschläge einbringen, ehe wir ernstlich über die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden beraten können. Vielleicht kann dieser Zeitpunkt nicht eintreten, bevor die Kriegskarte geändert ist.

W.B. Amsterdam, 2. Jan. Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus London gemeldet: Die „Westminster Gazette“ billigt die Weigerung der Alliierten, mit den Mittelmächten zu unterhandeln und glaubt, daß noch ein anderer Ausweg offen stehe, nämlich der über Amerika und die neutralen Staaten. „Sagen wir doch dem Präsidenten Wilson, daß die territorialen Fragen, die die Mittelmächte und uns selbst betreffen, zwar noch von der Entscheidung des Krieges abhängen und davon abhängen müssen, weil der Feind behauptet, er habe gesagt, daß wir über sehr viel Interesse daran haben würden, mit ihm (dem Präsidenten Wilson) über seine Pläne der Erhaltung des Friedens in Zukunft durch einen Völkerbund zu unterhandeln. Wenn unsere Note an die Mittelmächte negativ ist, so kann doch unsere Note an die Vereinigten Staaten in diesem Sinne positiv sein.“

Theorie tut uns not!

Theorie muß unsere Praxis bestimmen; Theorie kann aber nur aus der Praxis abgeleitet sein, weil wir nur denken können, was wir erfahren haben. Theorie ist die Abstraktion der Erfahrung, die geistige Einheit aus der Mannigfaltigkeit der täglichen Lebensvorgänge. Darum jedoch wurzelt die Theorie in der Vergangenheit, während ihr Sinn und Zweck auf die Zukunft gerichtet ist. Für die Theorie des Gesellschaftslebens bedeutet das eine Schwierigkeit. Die Theorie soll uns lehren, der Mannigfaltigkeit des nächsten Alltagslebens den festen Punkt abzugewinnen, in dem die allgemeine Wohlthat gipfelt und den Maßstab zur Wertung der Einzelhandlung für die Erreichung dieses Zielpunktes. Die neuen Ereignisse, auf die wir die Theorie anwenden wollen, gleichen aber den alten, von denen sie abgeleitet ist, nicht völlig. Darum ist Rede und Gegenebe nützlich. Der Meinungsstreit schafft und festigt die Theorie und sichert ihr die rechte Anwendung. Doch der Meinungsstreit muß die rechte Mitte einzuhalten wissen in Quantität und Qualität. Leicht wird des Guten zu viel getan. Wo ein Volk oder ein Volksteil keine ausreichende Gelegenheit zu praktischer Arbeit in den Dingen des öffentlichen Lebens findet, da fehlt es leicht seine Kräfte in löbende Worte um und das leidige Beharrungsvermögen macht bald aus der Not eine Tugend, das Mittel zum Selbstzweck. Wehe, wo Neigung der Notwendigkeit in die Hände arbeitet! Dann tritt Rechtsaberei an die Stelle des Strebens nach Erkenntnis, veräht die lebendige Quelle der Theorie, die allein im Leben fließt.

Formelraum und Wortaberglaube treten an die Stelle des schaffenden Denkens, und wo wir nur Geistesbrot erwarteten, nährendes Erkenntnis, um das Leben zu meistern, da starrt uns geistige Hungersnot entgegen, mühsam verbedt von einem so fruchtlosen wie endlosen Meinungsstreit unter dem Motto: Ich bin anderer Meinung!

Dieser Zustand ist nicht nur das Grab alles praktischen politischen Handelns, er ist der Tod der Theorie, sowie der Hybertadikalismus die ergiebigste Wurzel eines feichten Opportunismus ist. Der völlige Zusammenbruch der offiziellen Theorie steht als aufdringliche Menetekel auf dem Wege der deutschen sozialdemokratischen Partei. Sie raffe sich auf zum politischen Handeln, um ihre Theorie und ihren nur mühsam noch aufrechtzuerhaltenden Ruf als geistige Führerin des internationalen Proletariats zu retten! Ihr praktischer Denker, schafft uns eine Theorie, — schafft uns vor allem eine Methode des theoretischen Denkens, die unserer politischen Praxis die zielstärkere Ruhe und Klarheit gibt, deren wir bedürfen, um das Proletariat anzuleiten zur Erfüllung seiner historischen Aufgabe!

h. w. im letzten Heft der „Blode“.

Aus der Partei.

Die Nachwahl in Spandau-Osthavelland.

Wie schon berichtet, wurde in einer Generalversammlung des Kreisverbandes Spandau-Osthavelland Franz Wehring mit neun von einunddreißig gegen acht Stimmen, die auf den Arbeitgemeinschaftler Stahl fielen, aber von der oppositionellen Majorität für „ungültig“ erklärt wurden, zum Reichstagskandidaten aufgestellt. Wehring hat dem Kreisvorstand nunmehr mitgeteilt, daß er die Kandidatur annehme.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg sendet dazu folgende

Erklärung:

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg nahm am 9. Dezember 1916 Stellung zu den Vorgängen bei der Aufstellung eines Reichstagskandidaten für den Reichstagswahlkreis Spandau-Osthavelland.

Entsprechend seinem früheren Beschluß erachtet er die Erhaltung des Mandats für die sozialdemokratische Partei, die unter der Beachtung des Burgfriedens leicht erreichbar war, für notwendig. Der Widerspruch des Vertreters des Kreisverbandes gegen jede Kandidatur, die den Burgfrieden aufheben und die Erhaltung des Mandats gefährden würde, erfolgte in seinem Auftrage.

Die Art, in welcher die Kandidatenaufstellung nun erfolgt ist, nahm den Anhängern der Fraktionsmehrheit die Möglichkeit, für einen Kandidaten der Mehrheit zu stimmen. Sie steht im Widerspruch mit jeder bisher üblichen Praxis, die in Fällen wie diesem nur die Abstimmung in zwei Wahlgängen kennt, bei denen in der Stichwahl zwischen den beiden die meisten Stimmen auf sich vereinbenden Kandidaten die Anhänger der ausfallenden, also der schwächsten Gruppe, den Ausschlag geben. Im Gegensatz dazu hat man hier durch die Abstimmung, ob ein Kandidat der aus zwei Gruppen bestehenden Opposition oder einer der Mehrheit aufgestellt werden solle, die stärkere Gruppe bei der Abstimmung über die Person des Kandidaten ausgeschaltet.

Dieses Verfahren, durch das zwei Gruppen eine dritte, die allein fast ebenso stark ist wie sie zusammen, vor der Wahl des Kandidaten des Stimmrechts berauben, bringt in der Partei, bei den Vorbereitungen zur Reichstagswahl, ein Wahlrecht zur Einführung, das nicht nur mit dem Wahlrecht zum Reichstag selbst in schroffem Widerspruch steht, sondern überhaupt in keinem Wahlrecht, und jedes so schlechtere als das preussische Dreiklassenwahlrecht, etwas Ähnlich Entsetzliches als Parallele aufweisen kann. Dazu kommt noch, daß die Anhänger der Opposition, mit 17 gegen 15 Stimmen, ihre zwei Stimmen betragende Mehrheit nur durch die Gültigkeitserklärung zweier unter allen Umständen ungültiger Mandate erreichten.

Der Einspruch des Bezirksvertreters findet deshalb die volle Billigung des Bezirksvorstandes.

In der Prüfung der Frage, ob der Parteivorstand zur Entfaltung der hierdurch entstandenen Differenz, laut § 19 des Organisationsstatuts, angerufen werden soll, entschied der Bezirksvorstand:

Der Entscheid des Parteivorstandes könnte nur zur Folge haben die erneute Einberufung einer Generalversammlung in der gleichen Zusammensetzung wie am 3. Dezember 1916. Die Herbeiführung eines Resultats durch diese, das unter Vermeidung eines Wahlschlusses, durch Erhaltung des Burgfriedens, der Partei das Mandat sichert, ist aber unmöglich, nachdem die Vertreter der Opposition die bestimmte Erklärung abgegeben haben, daß sie „das Mandat lieber einem Konföderativen, wie einem Anhänger der Fraktionsmehrheit“ überlassen würden.

Die Vertreter der Gruppe „Internationale“, die in Spandau ihren Sitz hat, erklären weiter, daß sie sich auch einer Kandidatur der „Arbeitsgemeinschaft“ nicht fügen würden. Trotz dieser bestimmten Erklärung, einem Kandidaten der Mehrheit nicht zuzustimmen, entgegenzustellen, kann der Bezirksvorstand sich nicht dazu entschließen, die Aufstellung eines Reichstagskandidaten gegen den mit 9 gegen 22 Stimmen und einer Enthaltung aufgestellten Kandidaten der Parteipolung propägedierenden Gruppe „Internationale“ herbeizuführen. Er kann dies um so weniger, als dadurch die von der Opposition bewußt herbeigeführte Auslieferung des Mandats an die bürgerlichen Parteien — nach der oben erwähnten Erklärung — nicht verhindert würde.

Der Bezirksvorstand lehnt im Einverständnis mit den Parteigenossen des Kreises, die auf der Kreisgeneralversammlung für die Erhaltung des Mandats in seinem Sinne wirken, jede Verantwortung für dieses parteierfüllende Treiben ab.

Er verzichtet auf die Entscheidung des Parteivorstandes und weist die volle Last der aus dem Beschlusse der Generalversammlung vom 3. Dezember 1916 folgenden Ergebnisse denen zu, die ihn gefaßt haben.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg.

* Kriegsfolgen. Aus dem Parteibureau wird uns geschrieben: Der Parteivorstand hat die dem Zentralbildungsausschuss angegliederten Einrichtungen während der Kriegszeit mit sehr großen Opfern wenigstens teilweise aufrecht zu erhalten gesucht, obwohl die Tätigkeit des Zentralbildungsausschusses schließendlich auf ein Minimum reduziert war. Die ganz unverhältnismäßig großen Opfer erweiter zu bringen in der Gewissheit, daß auf Jahre hinaus an die Wiederherstellung des Betriebes in dem früheren Umfange nicht gedacht werden kann, war der Parteivorstand nicht imstande. Er hat deshalb in Uebereinstimmung mit dem Zentralbildungsausschuss die erforderlichen notwendigen Maßnahmen beschlossen. — Das Pressebureau, das ebenfalls sehr hohe Zuschüsse erforderte, soll bei erheblicher Einschränkung seines Dienstes auf andere Grundlagen gestellt werden. Die notwendigen Maßnahmen sind in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand getroffen worden. Die Redaktionen der Parteipresse werden rechtzeitig über die beschlossene Neuorganisation unterrichtet werden.

Ein Veteran. Genosse Arbeitersekretär Albert Paul in Hannover vollendete am 1. Januar 1917 sein 70. Lebensjahr. Der Jubilar diente der Arbeiterbewegung von der Wiege auf. In Berlin geboren, erlernte er das Maurerhandwerk und schloß sich schon in den jugendlichen Jahren der Arbeiterbewegung an, in welcher er nun über 4 1/2 Jahrzehnte gewirkt. Besonders in der Berufsorganisation der Maurer entfaltete Paul schon früh eine äußerst rege Tätigkeit. Jahrelang hat er Deutschland als Agitator für seine Berufsorganisation durchkreist. Aber auch politisch hat sich Genosse Paul — besonders unter dem Sozialistengesetz — rege betätigt. Manchen Strauß hat Genosse Paul mit politischen Gegnern ausgefochten. Er kandidierte zum Reichstag in verschiedenen Wahlkreisen. Seit 1908 ist Paul im Arbeitersekretariat Hannover tätig. Der Jubilar begeht seinen 70. Geburtstag in jeltener Freundschaft. Unsere Glückwünsche begleiten ihn.

Eine Mahnung an die holländischen Sozialdemokraten. In einer in Amsterdam abgehaltenen Weibnachtsversammlung der sozialdemokratischen Partei führte der Abg. Schöper aus, daß Holland zwar noch nicht Sizilien sei, aber daß es den ersten Schritt zum Frieden gemacht habe, stehe in der Weltgeschichte fest. Seinen mit ihren Sympathien fast durchaus im Lager des Bierverbandes stehenden Parteigenossen legte er dringend ans Herz, daß die holländische Sozialdemokratie neutral bleiben müsse und daß es nicht sei, fortwährend nur für die eine Seite Partei zu ergreifen. Der Redner warnte vor Professoren und gewissen Journalisten, die gern mit dem Bierverband loszuschlagen möchten. Man müsse doch auf Rumänien. Selbst die verkerende Partei könne Holland noch leicht niederdrücken. Es habe sich in Holland eine Legende gebildet, daß zwischen der Volksvertretung und dem Volk ein großer Zwiespalt herrsche. Wer ist denn das Volk? fragte der Abgeordnete. Eina die Professoren und die Redaktion des „Telegraaf“? Fortwährend kritisiere und greife man die Regierung an, aber obwohl diese nicht demokratisch sei, begreife sie ihre Aufgaben und Pflichten während des Krieges gut.

Warum ist die österreichische Landwirtschaft rückständig?

(Von unserem österreichischen Mitarbeiter.)

IK. Antwort auf diese Frage gibt eine wissenschaftliche Untersuchung, die der Leiter der bei den österreichischen landwirtschaftlichen Hauptorganisationen eingerichteten Untersuchungsstellen, Dr. von Straßsch, eben veröffentlicht hat. Der schätzvolle Zweck der Arbeit beeinträchtigt nicht ihren Materialwert.

Die österreichisch-ungarische Landwirtschaft wird zwar zu erheblichen Teilen in Gebirgsgegenden mit ungünstigen klimatischen und Bodenbedingungen betrieben, aber auch in den Ebenen und in den höchsten kultivierten Provinzen stehen die Ertragnisse an Früchten und Vieh weit zurück hinter dem Durchschnitt in Deutschland — die einzige Ausnahme bildet die Schafzucht und diese Ausnahme ist bei der wirtschaftlichen Natur dieses Zweiges nicht erfreulich; Schafzucht erfordert bekanntlich große Weidestrecken.

Für die Minderwertigkeit der österreichisch-ungarischen Landwirtschaft muß vor allem die mangelhafte Volksbildung verantwortlich gemacht werden, die die Verbesserung der Produktionsmethoden hindert. 1910 konnte 16,5 Prozent der über zehn Jahre alten Oesterreicher nicht lesen und schreiben, in Galizien stieg dieser Anteil auf 40,6 Prozent, in der Bukowina auf 5,9 Prozent, in Dalmatien auf 62,8 Prozent; in Ungarn waren damals 33,3 Prozent der über sechs Jahre alten Bewohner Analphabeten, was u. a. auch die Folge des Umstandes ist, daß die meisten nichtmagyarischen Kinder in magyarische Schulen gehen müssen, in denen sie dem Unterricht kaum folgen können. Die Finanzen der österreichischen Provinzen waren aber auch schon vor dem Kriege so, daß an eine erhebliche Verbesserung der Schulbildung nicht gedacht werden konnte, die überdies von den in vielen Provinzen maßgebenden Merkmalen auch nicht gewünscht wurde.

In landwirtschaftlichen Fortbildungs-, höheren und Hochschulen bestehen in Oesterreich (ohne Ungarn) 241, in Preußen dagegen 4212. Dabei entfallen von den 2,86 Millionen österreichischer landwirtschaftlicher Betriebe 2,06 Millionen auf die Kleinbetriebe, bis 5 Hektar und also in den Händen der nicht über höhere Allgemeinbildung verfügenden, im Osten und Süden zum großen Teil analphabetischen Bauern. Unter solchen Umständen wird auch der noch ziemlich starke Gemeinbesitz schlecht bewirtschaftet. Außerordentlich verbreitet ist der Streubesitz und seine Zusammen-

legung ist erschwert dadurch, daß die Kosten größtenteils von dem Besitzer getragen werden müssen. Straßsch weist statistisch den Minderertrag zerstreuten Besitzes gegenüber einheitlichem nach. Seit den Siebzigerjahren hat sich in dieser Hinsicht nicht viel geändert und nach dem Kriege werden die Provinzen erst recht kein Geld dazu haben.

Sehr stark ins Gewicht fällt auch der nationale Kampf, der für jede der einen Nation zugewendeten Staatshilfe sofort „Kompensationen“ verlangt und die öffentlichen Subventionen zu politischen Handelsobjekten gemacht hat.

Die Entwicklung der Landwirtschaft ist auch sehr abhängig vom Verkehr, der ihre entfernte Märkte erschließt. Nun verfügt Oesterreich nur über eine kurze Seeflotte, über wenige schiffbar gemachte Flüsse und die natürlichen und sonstigen Bedingungen für den Bahnbau haben es dahin gebracht, daß das Anlagkapital für einen Kilometer Staatsbahn 421, 398 Kronen gegenüber 197 300 Mark in Deutschland beträgt. Dazu kommt ein Beamtenüberschuß, von dem Generaldirektor Günther, einer der führenden Eisenindustriemänner, berechnet hat, daß dieser Mangel an Arbeitsökonomie die Steuerzahler jährlich 96 Millionen Kronen koste. Trotzdem die Preachtzweige um 33 1/2 Prozent bis 50 Prozent höher sind als in Deutschland — und sie sollen jetzt um weitere 30 Prozent erhöht werden! — verzinst sich das Eisenbahnkapital nur mit 3 Prozent, gegenüber 6,8 Prozent in Preußen-Ostpreußen, um 4,6 Prozent in Rußland mit seinen billigen Tarifen (und allerdings auch billigen Vorkosten in den wenigen Ebenen). Die landwirtschaftliche Industrie bleibt gleichfalls zurück, den Subventionen von Kartoffelverarbeitungsbetrieben in Deutschland (ohne Brennereien) die Preise aller Maschinen und Chemikalien sind in Oesterreich bedeutend höher als in Deutschland und die Entwicklung der Industrie, deren Arbeitermassen die besten Abnehmer der landwirtschaftlichen Erzeugnisse darstellen würden, wird gehemmt durch den Mangel und das wenig vorteilhafte Vorkommen von Kohle und Eisen, durch die Verkehrsverhältnisse, Zölle und Nationalitätenkampf und unsoziale Steuerlasten. Insbesondere die indirekten Steuern — beim Kaffee 38 Heller Verbrauchssteuer! — wirken äußerst kommuneneinschränkend. Schon vor dem Kriege mußten fast 27 Prozent der Staatseinnahme für die Verzinsung der Staatsschuld aufgewendet werden — in Deutschland 97 Prozent!

Die in den meisten Provinzen ungünstige Besitzverteilung — ungeheurer, aber kapitalschwacher Großbesitz, leistungsunfähiger Bergbetrieb — erklären die ungeheure Auswanderung, die von 1900 bis 1913 Oesterreich-Ungarn 1 1/2 Millionen Menschen kostete, von denen nur 250 000 zurückgekehrt waren; 300 000 Saisonarbeiter gingen alljährig ins Ausland.

Dazu kommen nun die schweren Schädigungen durch den Krieg — auch außerhalb der ausgedehnten Kriegsgebiete, zu denen ja lange Zeit auch das ganze agrarische Galizien gehörte und die Bukowina noch gehört. Oesterreich war vor dem Kriege in außerordentlichem Maße Einfuhrland, die enormen Agrarzölle waren vollkommen unbedeutend und lagen nur im Interesse der ungarischen Ausfuhr. Die fesselnden Eisen- und Maschinenzölle halten Landwirtschaft und Industrie nieder. Seit Kriegsausbruch sind in Oesterreich die Weizenpreise um mehr als das Doppelte, die Roggenpreise um über das Vierfache als in Deutschland gestiegen. Darum kommt „Marx-Emil“ im „Kampf“, dessen Ausführungen wir diese Angaben entnehmen haben, unter Berufung auf den agrarischfreundlichen deutschen Professor Ballot zu dem Schluß, daß im Interesse der österreichischen Konjunktur wie der höchst reformbedürftigen Landwirtschaft die Zölle abzubauen, zumal der zentralorganisierten Landwirtschaft einträglicher Absatz gesichert erscheint, und große Reformen in Angriff zu nehmen wären.

Ausland.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich.

Wien, 2. Jan. Den Vätern zufolge verlaute in politischen Kreisen, daß der Ausgleich zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung bereits vereinbart worden sei.

In Bukarest.

Bukarest, im Dezember 1916.

In der Ecke der Callea Victoriei und des Boulevard Elisabetha, vor dem aufdringlichen Palast des Bukarester Militärkasinos, wogt eine dichte Menschenmenge. Es gibt kein Offiziershaus wie dieses in Deutschland. Und die Stadt, die es in ihr Zentrum setzen wollte, würde sich lächerlich machen bei uns. In diesem kaum fertigen Gebäude des General Militär, das größer ist als das Bukarester Hoftheater, sitzen heute die rumänischen Gefangenen. Immer neue blaue Trupps mit den hohen schwarzen Wintermützen drängen sich durch die prächtigen Portale in die Wandelhalle und hohen Säle. Draußen stehen Hunderte von Frauen, alte und junge, elegante Damen und Bauernweiber. Einige bringen Wasser, Brot und Zigaretten. Die meisten suchen einen Mann, einen Sohn, einen Vater. Durch die offenen Fenster fliegen Fragen und Antworten, weiche Zettel, hin und her. Viele ängstliche, suchende Gesichter. Die meisten wandern nach einiger Zeit enttäuscht zurück. Ein armes Weib heult anaufrichtig. Die Gesichter der Gefangenen sind gegen die Scheiben gepreßt. Sie sehen das glänzende Leben auf dem Boulevard, die vielen festlich gekleideten Frauen, die fremden Soldaten — und warten auf ihren Abtransport nach Deutschland.

Manchmal fährt ein gefangener Offizier durch die Straße. Er wird kaum beachtet. Trupps von gefangenen Bauern werden belacht. Ich habe in Douai Arbeiterfrauen gesehen, die weinten, wenn gefangene Franzosen vorbeigeführt wurden. Hier sind heute Hüften auf offener Straße beschimpft worden. Und die eigenen Landesfinder scheinen das Interesse des Hauptstadtvolkes verloren zu haben, seitdem sie in Presse und Kientopp keine Heldentrolche mehr spielen.

Das alte Bukarest ist tot. Man sieht die letzten Reste sterben. Die rumänischen Heeresberichte und Polizeiverordnungen, die an allen Häusern und Säulen kleben, verschimmeln mehr und mehr unter den neuen Plakaten Madensens und des Gouvernements. Die schreienden Reklamebilder von Patsch und Baumont, die noch vor 10 Tagen zum Besuch eines abendfüllenden englischen Sommerfilms einluden, wehen zerstückt im Regen. Noch jagen elegante Aufseher mit samtgeklebten Aufschern durch die Straße. Noch gibt es Schlagladie in einigen Kaffees. Meterlange Salamwürste, Schinken und Mokkaaffee fliegen in den Fenstern der Geschäfte. Aber man hat das unbefinnte Gefühl — und wenn man das ge-

Norwegische Schiffverluste. Christiania, 2. Jan. Die norwegischen Verluste an Handelschiffen durch Torpedos und Minen waren am 30. Dezember auf 211 Dampfer mit einer Gesamttonnage von 823 000 Tonnen und 61 Segelschiffe mit zusammen 44 500 Tonnen gestiegen. Die Versicherungssumme dieser 273 Fahrzeuge betrug insgesamt rund 200 Millionen Kronen.

IK. Was die englische Presse totschweigt. Ein englischer Offizier, der in Deutschland als Gefangener lebt, hatte die Nachricht erhalten, daß seine Mutter gefährlich krank sei und den Wunsch ausgesprochen habe, noch einmal ihren Sohn zu sehen. Der Offizier wandte sich an die deutschen Behörden um die Erlaubnis, auf 14 Tage nach England reisen zu dürfen, um seine Mutter zu besuchen. Sein Ansuchen wurde bewilligt und er konnte noch einige Tage bei seiner sterbenden Mutter verweilen. Der Offizier erfuhr die englische Presse, diesen Akt deutscher Menschlichkeit zu veröffentlichen. Aber die tapferen und freisinnigen englische Presse lehnte es ab, auch nur ein gutes Wort über die „Sunnen“ zu sagen.

Erst der sozialistische Abgeordnete Philipp Snowden fragte die Angelegenheit im Parlament zur Sprache, indem er an den Minister des Innern die Frage richtete, ob er der Presse erlaube, von diesem Ereignis Notiz zu nehmen. Der Minister antwortete, er habe der Presse in dieser Sache keine Vorschriften gemacht.

Das ganze Vorkommnis ist eine gute Illustration der Schwere der englischen Friedensfreunde, die ihren Landsleuten eine objektive Beurteilung der Feinde beibringen möchten.

IK. Englische Kriegsfinanzsorgen. Unter der Ueberschrift: „Geld für den Krieg“ bringt die Londoner „Nation“ vom 23. Dezember 1916 einen Artikel, der die erste Lage der englischen Kriegsfinanzsorgen behandelt: Wie der Finanzminister Bonar Law seinen dem Unterhause mitteilte, werden sich die Kriegsausgaben für das Finanzjahr 1916/17 auf 2000 Millionen Pfund Sterling (über 40 Milliarden Mark) belaufen. Die Ausgaben übersteigen erheblich den Voranschlag, da die Lebensmittel- und Munitionspreise fortgesetzt steigen. Ebenso die Subsidien an die Verbündeten. Die Kriegsausgaben für das dritte Kriegsjahr dürften sich auf 2500 Pfund Sterling (über 50 Milliarden Mark) belaufen. Das sind Lasten, die auch England nicht ertragen kann. Derartige Jahresausgaben sind größer als das gesamte Jahreseinkommen der Nation. Unsere Abhängigkeit von amerikanischen Finanzquellen hindert uns, das Beispiel Deutschlands nachzuahmen und zur Papierwährung zu greifen. Manche Leute sagen uns, wir sollten uns wegen unserer Finanzen keine Sorgen machen, da diese doch nur ein Buchhaltungsvorhaben sind. Dies ist in einem gewissen Sinne richtig, soweit Deutschland in Frage kommt, da er im großen ganzen auf seine inländischen Hilfsquellen angewiesen ist. Aber es trifft bei England gar nicht und bei dessen Verbündeten nur in gewissem Maße zu.

Wir können ohne ausländische Zufuhr weder leben noch Krieg führen. Wir müssen für Lebens- und Kriegsmittel in einer Währungsnot zahlen, die die Zustimmung der Verkäufer bindet. Die Druckerpresse kann uns nicht helfen. Das einzige Mittel ist erhöhte Produktion. Nur die Herstellung von Gütern, die wir im Ausland gegen die von uns gewünschten Warenartikel austauschen können, würde uns helfen. Aber wie sollten wir unsere Produktion erhöhen, wenn wir ein immer stärkeres Meer ins Feld schicken müßten?

Lebensmittelkationen in den Vereinigten Staaten? Wie das Londoner „Journal of Commerce“ schreibt, ergibt sich aus dem Zirkular der National City Bank in New York, daß in den Vereinigten Staaten ganz außergewöhnliche Verhältnisse infolge des Krieges im Wirtschaftsleben eingetreten sind. Alle Waren sind teurer, abgesehen alle Industriezweige mit Vollkraft arbeiten, die Preise für alle Lebensbedürfnisse sind enorm gestiegen, und es wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht ratsam wäre, die ganze Bevölkerung auf Nahrungsmittelkationen zu setzen. Trotz des enormen Verdienstes der Vereinigten Staaten infolge des Krieges ist heute die wirtschaftliche Lage drüben eine solche, daß die Amerikaner sich das Ende des Krieges ebenso herbeiwünschen wie wir Engländer selbst.

Deutsches Reich.

Der Staatsangehörigkeit verlustig.

Das Mitglied der Ersten elsass-lothringischen Kammer, Notar Diemer-Heilmann, Vertreter der Stadt Mülhausen, ist, da er zu Kriegsbeginn nach der Schweiz gegangen und auf erfolgte Aufforderung nicht zurückgekehrt ist, der reichsständischen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden. Sein Mandat ist damit erloschen.

gerung, die teilweise zu einer schamlosen Ueberverteilung unserer Soldaten führt, regulierend ein. Aber es ist außer Zweifel, daß diese von allen Mächten zwei Jahre hindurch verhängelte Stadt den Krieg, den sie klugerweise militärisch von ihren Mauern fernhielt, wirtschaftlich noch bitter empfinden wird.

Es wird viel gescholten in diesen Tagen auf das Benehmen der Stadt. Ich habe Deutsche getroffen, die ihren ehelichen Ekel äußerten vor diesem wirkellosen Umschmeißen eines Siegers, den man vor einer Woche noch in allen öffentlichen Orten beschimpfen konnte wie einen Hund. Aber falscher noch als anderswo ist es in Bukarest, die Stadt nach der Geste der Hauptstraße zu beurteilen. Es gibt nur eine große Straße in Bukarest. Und von dieser Straße nur einen Kilometer — dieser Kilometer hat demonstriert und geschrien — im Theater, im Kientopp, im Kaffee, auf dem Plaster. Dieser Kilometer gibt auch heute den Ton an. Es ist natürlich, daß die Deutschen und Oesterreicher und Ungarn der Stadt sich hier heute hervordrängen. Doch viele, die bisher schweigen, jetzt plötzlich ihr deutsches Herz wieder entdeckt haben. Daß die in Rumänien noch heute belasserten Juden, die fast alle uns freundlich gesinnt waren, hier heute ein kräftiges Wort riskieren. Aber das erschöpft nicht alles. In wenigen Städten spielt das weltliche Element die Rolle wie hier. Vom Vestibul des kleinsten Hotels bis in die Gemächer der Minister und Könige. Diese einzige Internationalität, die auch im Kriege gehalten hat, ist stark mit deutschen „Aktivistinnen“ vermischt. Gewiß, sie haben französische, amerikanische Namen. Sie haben damals Tipperary gesungen und im Cabaret russische Siege verberichtet. Aber als der rumänische Krieg ausbrach, zeigten ihre Pässe, daß die meisten von ihnen aus Ungarn und Berlin, aus Böhmen und Wien stammten. Man internierte sie in Bacarest. Aber heute führen sie in allen Hotels, Kaffees und auf der Straße, überall, wo deutsche Soldaten zu finden sind, das große Wort. Der Deutsche wundert sich über diese „feindliche“ Stadt. Oder er schilt. Aber sicher ist es nicht das ganze Rumänien, was er auf diesem Bukarester Kilometer sieht. Es ist vielleicht nicht einmal das ganze Bukarest. Gewiß hat dieser Rumäne nicht den Stolz und das tiefe durch Jahrhunderte gezüchtete Nationalbewußtsein unserer westlichen Nachbarn. Aber von Peter Carp und anderen zu schweigen — wenn man heute aus der Gesellschaft in die Welt der Intelligenz oder der Beamten kommt, so kann man in manchem stillen Zimmer geriecht und beschämte Gesichter sehen. Auch diese Männer schelten auf die Regierung, aber sie tun es mit Würde — und mit der Treue, die auch einem verurteilten Vaterlande gebührt.

Der große Teil der Bevölkerung leidet unter dem Kriege wie überall. Zwar — Fleisch und Mehl ist noch billig — und erlerntes lange nicht so knapp, wie die seit langem bestehende Einrichtung von vier fleischlosen Tagen zuerst erwarten ließ. Jeder ist schwer zu haben. Ganz Bukarest war erkrankt, als unsere Truppen plötzlich im Norden der Stadt ein riesiges Zuderdepot entdeckten, das sich irgend ein beamteter Schieber dort angelegt. Aber die Lebensmittelpreise steigen von Tag zu Tag — ebenso rapid auch die Preise für Hotelzimmer, wenn diese auch noch längst nicht die Höhe von Jassy erreicht haben, wo augenblicklich der rumänische Flüchtling bis 1000 Franken für ein Zimmer im Monat zahlt. Die Familien der Eingezogenen bekommen 10 Franken pro Monat Entschädigung, wobei sie tun es mit Kindern 5 Fr. mehr (nicht etwa für das einzelne Kind!). Schon heute greift das Gouvernement in die allgemeine Preisstet-

Gegen die Frauen-Emanzipation.

Die Frauen sind heute in einer Menge Betriebe tätig, in denen man vordem die Frauenarbeit gar nicht oder doch nur in ganz beschränktem Umfang gefannt hat.

Diese Bittschrift atmet so ganz den Geist der Rückständigkeit, den man in den gegenwärtigen schweren Kriegsjahren als überwinden anziehen zu dürfen glaubte.

Mangelnde Opferwilligkeit.

Die freiwillige „Hindenburgspende“ an Speck und Fett, von der viel Aufhebens gemacht worden ist, bringt nicht das ein, was erwartet wurde.

Auf die Fragewürdigkeit dieser freiwilligen Fettspenden ist von sozialdemokratischer Seite gleich hingewiesen worden.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im November 1916. Der Arbeitsmarkt hat sich den „Statistischen Mitteilungen“ zufolge, nicht wesentlich geändert; er zeigt bei wenig veränderten Angebot und gleichbleibender lebhafter Nachfrage im allgemeinen dasselbe Bild wie in den letzten vorausgegangenen Monaten.

Volkerversicherung. Mehr als verdoppelt hat sich die Zahl der neu gestellten Versicherungsanträge bei der Volksversicherung im Jahre 1916 gegenüber dem ersten halben Kriegsjahre 1915.

Erhöhung der Armenpflegekosten. Der Ausschuss des Verbandes mittlerer Städte Badens hat im Hinblick auf die Erwirkung einer Milderung des gegenwärtigen Tariflages für die von badischen Armenverbänden gegenseitig zu erstattenden Armenpflegekosten Erhebungen über die Höhe der nach den gesetzlichen Bestimmungen in Betracht zu ziehenden Kosten veranstaltet.

Theater und Musik.

3. Sinfonie-Konzert des Hr. Hoforchesters. Man schreibt uns: Mittwoch, 10. Januar, findet im Hoftheater das 3. Sinfoniekonzert des Hoforchesters statt.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Kart.-Buchhandlung bezogen werden. Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Blach (Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Potsdamerstraße 121 h) haben schon das 26. Heft ihres 22. Jahrgangs erscheinen lassen.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 13. Heft vom 1. Band des 45. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sozialdemokratische Anschauungen über den Krieg vor dem Beginn des Krieges.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3.00 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden.

Ernährungsfragen.

Zwangsmassenpeisungen? Von einer Nachrichtenstelle wurde die Mitteilung verbreitet, daß die Einführung einer Zwangsmassenpeisung bevorstehe oder beabsichtigt sei.

Was kostet eine fette Gans? Mit der für weite Kreise interessanten Frage, was unter den heutigen Verhältnissen die Aufzucht einer fette Gans kostet, beschäftigt sich in einer Zeitschrift an die „Werkstätten, Nachrichten“ ein Rittergutsbesitzer, der u. a. schreibt: „Ich betreibe seit Jahren eine recht schöne und ergiebige Gänsezucht, durch die mir heute die Gans wohlgenügend und fett mit allen Unkosten im höchsten Fall — dann rechne ich schon über die Gebühr hoch — zwanzig Mark kostet.“

Baden.

Dammbruch der Murg. Rastatt, 2. Jan. (Privattelegramm des M.B.) Das „Rastatter Tageblatt“ meldet über einen Dammbruch der Murg oberhalb Niederbühl folgendes: Infolge der vielen Niederschläge schwellen die Gewässer rasch an, und die Murg erreichte bald eine solche Höhe, daß man eine Ueberflutung erwarten mußte.

Wahlberechtigt und wählbar sind zu den Arbeiterversammlungen die volljährigen männlichen und weiblichen Arbeiter, zu den Angestelltenversammlungen die volljährigen nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen männlichen und weiblichen Angestellten des Betriebs oder der Betriebsabteilung, für die Ausschüsse bestellt werden.

Der Preis der Zuckerrüben schwankte im Frieden zwischen 85 Pfennig und 1 Mark für den Zentner. Während des Krieges stieg er auf 1,50 Mark bzw. 1,80 Mark.

Die Landwirtsch. und Zuckerrind. hat in der Entscheidung angenommen, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

und beiderseits standen deutsche und schweizerische Truppen. Nach einer Ansprache des Kommandanten des Grenzwachkommandos wurde den deutschen Soldaten Bier, Wein, Obst und Rauchwaren in ausgiebiger Menge überreicht.

Die Höchstpreise für Kartoffeln aus der Ernte 1916, welche durch das Kriegsernährungsamt beim Verkauf durch den Kartoffelerzeuger für die Zeit bis 15. Februar 1917 auf 4 M. und vom 16. Februar 1917 ab auf 5 M. festgesetzt worden sind, gelten in Baden nach einer solchen Befestigung des Ministeriums des Innern bis zum 1. März 1917 auch für den Verkauf von Saatkartoffeln durch den Kartoffelerzeuger.

Badische Weihnachtsgaben. In der Zeit vom 28. November bis 30. Dezember sind über 158 000 Weihnachtspakete aus dem badischen Lande durch Vermittlung der Abnahmestellen freierwilliger Gaben beim 14. N. A. an unsere Truppen zur Verbenbung gesammelt. — In seiner letzten Sitzung beschloß der Hauptauschuß der Kriegsbüro der Beamtinnen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung die Errichtung eines Soldatenheims im Osten, wofür er den Betrag von 10 000 M. bereit stellte.

Zum Vollzug des Hilfsdienstgesetzes. Nach den Bestimmungen des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst müssen in allen für diesen Hilfsdienst tätigen Betrieben, für die Titel VII der Gewerbeordnung gilt und in denen in der Regel mindestens fünfzig Arbeiter beschäftigt werden, ständige Arbeiterauschüsse gebildet werden.

Das Ministerium des Innern hat, wie wir der „Karlsruher Zeitung“ entnehmen, zum Vollzuge dieser Bestimmung, die eine langjährige sozialpolitische Forderung von Arbeiter- und Angestelltenvereine erfüllt, eine Wahlordnung erlassen, die im Gesetzes- und Verordnungsblatt veröffentlicht wird.

Wahlberechtigt und wählbar sind zu den Arbeiterversammlungen die volljährigen männlichen und weiblichen Arbeiter, zu den Angestelltenversammlungen die volljährigen nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtigen männlichen und weiblichen Angestellten des Betriebs oder der Betriebsabteilung, für die Ausschüsse bestellt werden.

Der Preis der Zuckerrüben schwankte im Frieden zwischen 85 Pfennig und 1 Mark für den Zentner. Während des Krieges stieg er auf 1,50 Mark bzw. 1,80 Mark.

Die Landwirtsch. und Zuckerrind. hat in der Entscheidung angenommen, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Die Landwirtschaft und die Zuckerrind. hat in der Entscheidung erklärt, daß die Erhöhung der Zuckerrübenpreise eine abermalige Erhöhung der Zuckerrübenpreise zu machen.

Zucker — Saccharin.

Wiederholt schon hat der „Volksfreund“ die wahnwitzig hohen Saccharinpreise beanstandet und entschieden verlangt, daß Saccharin im Hinblick auf den empfindlichen Zuckermangel billiger abgegeben werden soll. Geht es nicht, das Reich steht aus dem Ueberpreis für Saccharin aber immer noch Millionen ein. Das darf nicht länger geduldet werden im Hinblick auf die dauernde Zuckernoth. Hunderte von Haushaltungen können für ihre Zuckermarken Zucker nicht erlangen. Für Saccharin — insofern sie diesen Stoff überhaupt bekommen können — wird ihnen aber ein Zuckerpreis abgenommen.

Guten Appetit!

Der Kriegsausbruch für Konsumenteninteressen schreibt uns: Zu welchen Mitteln die Würsthersteller jetzt greifen, um die Wurst zu „strecken“, das zeigt folgendes Bild: In Hamburg werden jetzt an der Börse geschnittene und gefüllte Därme — nicht etwa zum Füllen, sondern zur Verwendung als Würstinhalt — in großen Mengen, gehandelt. Im Anzeigenteil großer Tageszeitungen wimmelt es außerdem von Verkaufs- und Kaufgeboten. Ja, ein bekannter Darmhändler in Frankfurt a. M. hat die vom Militär in Berlin anfallenden frischen, blauen Schweinedärme zum Verwürfen zu einem so hohen Preis gekauft — man sagt 9 M. —, daß ein großer Berliner Darmhändler dies für nicht mehr normal erklärte. — In Nürnberg werden unter den Augen der städtischen Behörden die gefüllten, ausländischen Kuttelfleide und Fleisch zu 1,70 M. verkauft, während für das Pfund Schweinefleisch 1,60 M. bezahlt wird. Da die Berliner Schlächter ihren Nürnberger Kollegen im Würststrecken sicher nichts nachgeben, so weiß man jetzt, weshalb sie gegen die „städtische“ Wurst in Prese und Verarmung haben. Die Stadt, als gemeinnützige Einrichtung, verwendet eben nur ehbare Rohstoffe, die Fleischer möglichst viele wasserhaltende, wenn auch ungenießbare Bestandteile. So kommt es, daß die Stadt nur bei entsprechenden Vorräten, die Fleischer aber immer „Wurst“ liefern können.

Einführung der Gaskartoffelkarte. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß in den Städten mit mindestens 10 000 Einwohnern die Abgabe von Gerichten, welche ganz oder teilweise aus Kartoffeln bestehen, in Gaskartoffel- und Speisekartoffeln, in Vereinen und Erziehungsräumen sowie in Fremdenheimen an die Gäste nur gegen besondere Karte (Gaskartoffelkarte) (Gaskartoffelkarte), deren Wert dem Marktwert der verwendeten Kartoffeln entspricht, erfolgen. Eine Ausnahme ist nur für diejenigen Gäste zulässig, welche sich durch Vorlage ihres Reisepasses, einer Lebensmittelliste ihres Kommunalverbandes usw. darüber ausweisen, daß sie nicht zur ortsanfängigen Bevölkerung gehören. Die Abgabe von Gaskartoffelkarten gilt auch für Volksküchen, Kriegsküchen und sonstige Massenverpflegung; doch kann der Kommunalverband die Abgabe statt gegen besondere Gaskartoffelkarte gegen die allgemeine Kartoffelkarte zulassen oder, soweit der Teilnehmer an der Speisung nicht im Besitz einer Kartoffelkarte ist, gegen die Ablieferung einer entsprechenden Menge guter Kartoffeln anordnen.

Eine Hundertjahrfeier der „Karlsruher Zeitung“. Am 1. Januar waren 100 Jahre verfloßen, seit die „Karlsruher Zeitung“ wiederum diesen ihren alten Namen führt, nachdem sie vom 1. Januar 1811 bis 31. Dezember 1816 den Namen „Großherzoglich Badische Staatszeitung“ geführt hat.

Der Handel mit getragenen Kleidern monopolisiert. Den Kommunalverbänden wurde das Recht erteilt, den gewerblichen An- und Verkauf getragener Kleidungs- und Wäscheartikel und getragener Schuhwaren zu monopolisieren. Die Kommunalverbände haben zu diesem Zwecke Personen zu bestellen, die den An- und Verkauf mit alten Kleidungsstücken und Schuhwaren zu belagern haben.

Pressekonferenz. Wie wir hören, werden zu den von Zeit zu Zeit im Ministerium des Innern stattfindenden Pressekonferenzen in Zukunft auch Vertreter auswärtiger badischer Zeitungen zugelassen werden. Bisher hatten nur die Chefredakteure der hiesigen Zeitungen und Zeitungsvereinigungen und die Karlsruher Zeitungsverleger zu diesen Konferenzen Zutritt.

Eine weitere Einschränkung des Eisenbahnbetriebes findet, wie berichtet wird, mit Wirkung vom 5. ds. Mts. ab statt. Sowohl die Zahl der Personen- wie der Güterzüge soll weiter beschränkt werden.

Städtische Sitzung. Gestern vormittag fand eine Sitzung des Bezirksrats statt, die sich mangels weiteren Materials nur mit Untersuchungsgegenständen von in den Dienst des Vaterlandes getretener Mannschaften zu befassen hatte.

Die Freie Turnerschaft Karlsruhe hatte am 1. Weihnachtstag ihre Mitglieder zu einer Familienversammlung im Saal der Restauration Biegler eingeladen. Schon vor der festgesetzten Zeit war der Saal dicht besetzt, jedoch mancher Freund unserer Sache wieder leert machen mußte. Namens des Vereins hieß der Vorsitzende Herr Dr. B. die Erschienenen willkommen und auf Drängen des Herrn Dr. B. (Offenbar) und die auf Danksagen der Turngenossen. Sodann gab er einen Ueberblick über den Stand des Vereins. Der Mitgliederbestand ist jetzt 200, 100 Böglinge und Turnereinnen. Zum Heeresdienst eingezogen sind 840 Turngenossen. Diesen Einbruch machte es, als die lange Reihe der Namen von 45 Turngenossen verlesen wurde, die diesem Kriege schon zum Opfer gefallen sind. Die Versammlung ehrte ihr Andenken durch Erheben von den Sitzen. Das Programm, bestehend aus Vorträgen, Rezitationen, Liedervorträgen der Schülerinnen wurde von den Mitwirkenden sehr auf dem Boden der einzelnen Leistungen auch reichlich lobt. Der Verein auf turnerischem Gebiet nicht müßig in drei Abteilungen von etwa 40 Turnern vorgeführt, und Vortragspyramiden, wobei besonders die der Abteilung 1 mit 27 Mann einen ausgezeichneten Eindruck machte. Im Mittelpunkt des Programms stand die Ansprache des Herrn Dr. B., dessen Erscheinen von der Versammlung lebhaft begrüßt wurde. In längeren Ausführungen verarbeitete sich der Bedeutung des Weihnachtstages, die wirtschaftliche Lage und die Friedensausichten. Zum Schluß erging ein Aufruf, wie in seiner Jugendzeit die Turnerei als Trägerin mehr gespielt wurde. Er machte die jungen Turngenossen aufmerksam, ihren Körper zu pflegen und zu stärken, um zu erhalten für spätere Kämpfe auf anderem Gebiete.

Der Wunsch, daß die kommende Generation den Kampf für einen dauernden Weltfrieden mit mehr Glück und Erfolg führe, als die jetzige, schloß der Redner. Stürmischer Beifall seine eindringlichen Worte. Mit dem gemeinsamen Lied „Ihr Männer all zum Turnen“ wurde die höchste Feier geschlossen.

NB. Die arbeitende Jugend sei auch an dieser Stelle auf die Turnstunden aufmerksam gemacht, die wie folgt stattfinden: Turner und Böglinge: Dienstag abend von 8 bis 10 Uhr Turnhalle Mühlburg, Gaardstr. Freitag abend von 8 bis 10 Uhr Turnhalle Mühlburg, Gaardstr. Turnereinnen: Dienstag abend von 8 bis 10 Uhr Turnhalle Mühlburg, Gaardstr.

Dienstag abend von 8 bis 10 Uhr Turnhalle Mühlburg, Gaardstr. 28. Schüler und Schülerinnen: jeweils von 7 bis 9 1/2 Uhr in den genannten Turnhallen. E. H.

Lebensmittel für bedürftige Schulkinder. Die Schüler der Gemeinden Sprantal, Ruzbach und Lichtenau erfreuten ihre bedürftigen Mitschüler in Karlsruhe mit einer größeren Sendung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, bestehend in Kartoffeln, Kraut, Weiß- und Gelbbrühen, Äpfeln, Kürbis u. a., jedoch über 400 Kriegserwachsenen und Kriegserfrauen mit ansehnlichen Gaben beschenkt worden konnten.

Von den städtischen Straßenbahnen. Von dem rund 700 Personen umfassenden Stammpersonal der städtischen Bahnen (Straßenbahn und Karlsruher Lokalbahnen) stehen heute 518 Beamte und Betriebsarbeiter im Kriegsdienst. 46 Kriegsteilnehmer sind seit Kriegsbeginn auf dem Felde der Ehre gefallen, 7 vermißt gemeldet, 7 befinden sich in englischer, 7 in französischer und 2 in russischer Kriegsgefangenschaft. Für Tapferkeit vor dem Feinde wurden ausgezeichnet: 70 mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse, 1 mit der silbernen Karl-Friedrich-Verdienstmedaille (Tapferkeitsmedaille), 58 mit der silbernen Verdienstmedaille am Bande der Karl-Friedrich-Verdienstmedaille, 1 mit der Kaiserlich-Schwarzburgischen Ehrenmedaille und 1 mit der Militärdenkmalsauszeichnung 1. Klasse. Ferner sind bis heute 73 militärische Beförderungen gemeldet. Der Personalstand der städtischen Bahnen umfasst heute 684 Beamte und Arbeiter, darunter 219 weibliche Bedienstete (176 Schaffnerinnen, 20 Wagenführerinnen, 15 Wagenputzerinnen und 9 weibliche Schreibhelferinnen). 10 Frauen werden zurzeit für den Fahrdienst ausgebildet, weitere 15 als Schaffner. Auch die beiden Straßenbahn-Busmotorwagen werden seit einiger Zeit durch weibliche Führer bedient, nachdem sie die vorgeschriebene Prüfung zur Zufriedenheit bestanden haben.

Gr. Hoftheater. Infolge eingetretener Unpäßlichkeit von Fritz Cortolesis ist die Aufführung des „Ridello“ bis zu seiner Genesung und seinem Hierintreten verschoben. Statt „Ridello“ wird am Sonntag, 7. Januar „Carmen“ mit Frau Rain-Cordes und Herrn Schöfel gegeben.

Liebesgaben für die unter den Fahnen stehenden städtischen Beamten, Arbeiter und Lehrer. Auch zur dritten Kriegswihnacht hat die Stadt allen ihren Beamten, Angestellten, Lehrern und Arbeitern, die zum Waffendienst einberufen worden sind, Weihnachtsgeldbesuchen zukommen lassen. Im ganzen wurden 1281 Pfundpäckchen abgeschickt. Von diesen Päckchen gingen an 33 an Offiziere, 179 an Unteroffiziere und Mannschaften im Felde und in der Etappe und 49 an Kriegsgefangene. Der Gesamtwert der verpackten Liebesgaben belief sich auf 5762 M. Außer diesen Liebesgaben schickte die Stadt auch Weihnachtsgeldbesuchen an überlebende Offiziere und Mannschaften des auf so tragische Weise zugrunde gegangenen Kreuzers „Karlsruhe“. Von diesen jenseitig wie von den Empfänger der übrigen Liebesgaben sind schon gahlreiche Dankschreiben eingelaufen.

Im Kleinkunstprogramm beginnt das neue Jahr mit einem ganz vorzüglichen Programm, das des Besuches durchaus wert ist. Es enthält Nummern, die man nur selten zu sehen bekommt, wie z. B. die Darbietungen des tgl. Kammerorchesters Manfred Herweg, die allein schon den Besuch lohnen. Es ist erste Qualitätsleistung in jeder Hinsicht. Gestern abend spielte er u. a. „Hegenerweisen“ und das „Nocturno“ von Chopin mit einem Zauber, der die Zuhörer zum Verfall hinriß. Dann ist eine ausgezeichnete Langnummer „Die 4 Lujanas“ da, die im Stille der 5 Variations sehr gute akrobatische Tänze zum Besten geben. Ferner freuten wir uns einen alten Bekannten, den prächtigen böhmischen Ballett-Komiker W. Adam wieder hier begrüßen zu können. Er ist noch der alte gelungene Spaschmacher und Improvisationist, der mit jeder Miene das Publikum mitzureißen versteht. „Die Füllnummern „Boots und Cod“ ist auch nicht schlecht. Ferner sind zwei Rückinnen da, „Subita und Womedy“, die sich als preisgekrönte Akrobatinnen sehr wohl sehen lassen dürfen. Eine prächtige Schlussnummer sind die komischen Jonglierer und Spaschmacher „Paul und Martha Petras“, die im Erfinden von drolligen Einfällen unerschöpflich sind. Es ist ein vornehm gebildetes Programm, das hier zweifellos einen großen Erfolg haben wird.

Veranstaltungen.

Militärkonzert. Die zurzeit aus dem Feld beurlaubte Kapelle des 9. Bad. Inf.-Regis. Nr. 170 unter persönlicher Leitung ihres Regimentsführers Herrn Karl Jahn hat sich in ungenügender Weise erhoben, zum Besten des hiesigen Roten Kreuzes am Sonntag, 7. Januar, abends 7 Uhr, im Museumsaal ein Konzert zu veranstalten. Derselben liegt ein musikalisch wertvolles Programm zugrunde, jedoch allen Freunden begieherer Lust ein genuss- und abwechslungsreiche Stunde beschert werden wird. Da das Konzert schon am Sonntag, 7. Januar, stattfindet, ist es zu empfehlen, sich alsbald mit Eintrittskarten vorzusehen. Die Preise sind dem populären Charakter der Veranstaltung entsprechend niedrig gehalten. 2.—, 1.50, 1.—, —50 M. Der Kartenverkauf findet statt in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Neues vom Tage.

Hochwasser des Rheins.

Berlin, 3. Jan. Wie dem „B. L.“ über das Hochwasser des Rheins aus Köln berichtet wird, hat dort das Hochwasser jetzt mit 7 1/2 Meter seinen höchsten Stand erreicht. Seit gestern morgen geht es langsam wieder zurück. Die seit drei Tagen gefallene Regenmenge sei nach Feststellungen des meteorologischen Observatoriums in Aachen die größte seit vielen Jahren.

Rasputin ermordet?

Basel, 2. Jan. Die Pariser Zeitungen vom Sonntag abend melden in bestimmter Form aus Petersburg, daß der Rasputin ermordet worden ist und zwar, wie die Zeitungen hinzusetzen, von einem jungen, zum Hofe selbst gehörenden Mann. Die französischen Zeitungen erzählen dabei, daß Rasputin einen großen politischen Einfluß am Hofe ausgeübt habe, worüber wiederholt in der Duma Beschwerde geführt worden sei, und über den sich auch gelegentlich der Generalstab der russischen Armee beklagt habe. Die Pariser Zeitung hat es aber den Zeitungen nicht gestattet, zu sagen, daß Rasputin seine Rolle nur habe spielen können, weil er mit seinem persönlichen Einfluß den Zaren selbst unbedingt beherrscht habe.

W.B. Bern, 3. Jan. (Nicht amtlich.) Dem „Matin“ zufolge soll Fürst Yusupow, der Gemahl der Großfürstin Zesma, den Wundermenschen Rasputin ermordet haben.

100 Menschen ertrunken.

W.B. Brisbane, 2. Jan. (Reuter.) Bei großen Ueberschwemmungen im nördlichen Queensland sind in Clermont 100 Personen ertrunken.

Letzte Nachrichten.

Die deutsche Antwort auf die Friedensnote der Neutralen abgegeben.

Berlin, 2. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Auf die Noten, die hier am 29. Dezember von den Gesandten Dänemarks, Schwedens und Norwegens übergeben worden waren, sind am 1. ds. Mts. die Antworten ausgestellt worden. Darin

spricht die Kaiserliche Regierung ihr vollstes Verstandnis für die Beweggründe aus, die die drei Regierungen bei ihren Kundgebungen geleitet haben, verweist sodann auf die deutsche Note vom 12. Dezember und auf die Beantwortung der Anregung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Antwortnoten schließen mit der Bemerkung, daß es von der Antwort unserer Gegner abhängt, ob der Versuch, der Welt die Segnungen des Friedens wieder zu geben, von Erfolg gekrönt sein würde.

Der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn noch nicht abgeschlossen.

Wien, 2. Jan. Das Wiener Korrespondenz-Bureau meldet: Die Nachricht, daß der Abschluß der Ausgleichsverhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung bereits erfolgt sei, entspricht nicht den Tatsachen. Es bestehen vielmehr noch gewisse Meinungsverschiedenheiten. Man hofft jedoch, daß sie beseitigt werden können.

Ein holländischer Torpedojäger gestrandet.

Berlin, 3. Jan. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ ist ein holländischer Torpedojäger in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag gestrandet. Er wurde bei Baenenburg von den Wachen weiter geworfen und ist gesunken. Die Ausrüstung und die Torpedos wurden von Bord geworfen. Ein Unteroffizier hatte die Gefährdung bemerkt, als die Strandung unvermeidlich schien, die Ruder der Torpedos abzunehmen, um so eine Explosion zu verhüten.

Der Kohlenmangel in Frankreich.

Bern, 3. Jan. Die Besitzer der 8 größten Glasfabriken von Bordeaux, die über 1000 Arbeiter beschäftigen, richteten an den Transportminister ein Telegramm, in dem sie mitteilen, daß sie infolge der Erschöpfung der Kohlenvorräte demnächst gezwungen sein würden, die Glasöfen auszuheizen zu lassen. Die Fabrikanten machen darauf aufmerksam, daß die Wiederaufnahme des Betriebes nur durch Neuerrichtung der Öfen möglich sein würde; dazu jedoch fehlten die Rohmaterialien.

Ein französisches Linien Schiff torpediert.

W.B. Berlin, 3. Jan. Laut „Rössischer Zeitung“ wird der Zürcher Post aus Mailand berichtet, das französische Linien Schiff „Berita“ (14 870 Tonnen) sei von einem deutschen Unterseeboot in der Nähe von Malta torpediert worden. Das Schiff liege schwer beschädigt vor dem Hafen. „Berita“ ist 1907 vom Stapel gelaufen und hatte eine Besatzung von 735 Mann.

Aufleben der Sinnfeier-Bewegung in Irland.

W.B. Berlin, 3. Jan. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ haben in der Nacht vom Samstag zum Sonntag in Cork in Irland 600 Sinnfeier eine Abteilung Soldaten angegriffen. Die Polizei sei gegen die Sinnfeier vorgegangen und habe sie zerstreut.

Rücktritt des russischen Ministerpräsidenten.

W.B. Berlin, 3. Jan. Eine Stockholmer Depesche des „Berliner Tageblatts“ besagt: Der Rücktritt des russischen Ministerpräsidenten Trepow scheint bevorzuzustehen, nachdem er wieder die Rechte auf seine Seite hat ziehen können, noch die Gunst der Fortschrittler zu erreichen vermochte. Das Volk aber ist erbittert, weil er den Kongreß der Semstwo und des Städteverbandes in Moskau verboten hat. Die Polizei drang in das Lokal ein, in dem der Kongreß trotzdem unter dem Vorsitz des Fürsten Wlody eröfnet worden war und vertrieb mit Gewalt seine Teilnehmer. Dabei kam es zu blutigen Exzessen.

Zur Lage in Griechenland.

W.B. Berlin, 3. Jan. Marmelungen über Zusammenstöße zwischen griechischen Reiterbataillonen und französischen Abteilungen werden in der „Rössischen Zeitung“ verzeichnet. In Athen herrscht angeblich völlige Anarchie. Infolge des durch die Blockade verursachten Kohlenmangels liege die Stadt von 1/2 Uhr abends an in Dunkelheit. Infolge Mehlmangels enthalte das Brot bis zu 10 Prozent Kleie. Verfolgungen von Benizelisten und Minderungen benizelistischer Gähler seien an der Tagesordnung. In verschiedenen Blättern wird mitgeteilt, der ehemalige griechische Ministerpräsident Canaris habe in Larissa eine begeisterte Aufnahme gefunden. Die Bevölkerung jubelte ihm zu, als er ausgerufen habe, Pflicht aller Griechen sei es, sich im Dienst des Vaterlandes um den König Konstantin zu kümmern, dessen Leben infolge der feindseligen Ränke ständigen Gefahren ausgesetzt sei.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kolb; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Arbeiter-Jugend.) Heute Mittwoch abend 8 Uhr Zusammenkunft im Gasthaus zum „Schwanen“, kleines Besetzungszimmer. 138

Hilfsdienstpflichtige

zahlen für Mk. 1000.—

Kriegs-Lebens-Versicherung

ohne ärztl. Untersuchung

Mk. 35.— (zahlbar in 4 Monatsraten),

ohne Unterschied des Alters.

Höchst-Versicherungssumme Mk. 40000.—

Anfragen an Walter Strauss,

Karlsruhe, Kaiserstrasse 82. 4174

Palast-Theater
Herrenstraße 11

Ab Heute!
Erstaufführung unserer

Urban Gad-Serie 1917.

Maria Widal
in

„Die verschlossene Tür“

Drama in vier Akten, verfasst und in Szene gesetzt von Urban Gad.

Der Wink des Schicksals
Reizendes Lustspiel in zwei Akten.

Spaziergänge in Innsbruck.
Kriegsberichte.

1/2 Minute von der Elektr. Haltestelle Herrenstrasse

Nachruf

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Als weitere Opfer des Völkerringens haben wir wieder folgende liebe Turngenossen zu beklagen:

Leonhard König, Musikant,	Karl Krämer, Dreher,
Friedrich Hawkins, Techniker,	Karl Noe, Blechner,
Mois Becker, Schreiner,	Gustav Krust, Buchbinder,
Karl Birkle, Dreher,	Frau Hobapp, Dreher,
Ludwig Glas, Schriftsetzer,	Emil Steinbach, Buchdrucker.

Ein ehrendes Andenken wird ihnen im Herzen unserer Mitglieder stets gesichert bleiben. Insgesamt haben wir nun den Verlust von 45 Turngenossen zu verzeichnen.

Bekanntmachung.

Der Staatsanzeiger und das amtliche Verkündungsblatt veröffentlichen eine Bekanntmachung des kgl. stellvertretenden Generalcommandos des 14. Armeekorps — Verorgungsabteilung — vom 19. Dezember 1916 über die am 1. Januar 1917 innerhalb der Versorgungsabteilung in Tätigkeit tretende Anstaltsstelle für Offizier-Zivilversorgung. Vorstand der Anstaltsstelle ist Major Varentzapp, das Geschäftszimmer befindet sich in Karlsruhe, Akademiestraße 40, 2. Stock. Dienststunden sind Werktags 9—12 Uhr vormittags, 4—6 Uhr nachmittags.

Die Bekanntmachung kann auch bei dem Großh. Bezirksamt sowie den Bürgermeisterämtern eingesehen werden.

Karlsruhe, den 28. Dezember 1916.
Großh. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte Januar 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:

D. 3.	1 bis mit 2700:	Dienstag, den 2. Januar 1917,
	2701 "	5400: Mittwoch, den 3. Januar 1917,
	5401 "	8000: Donnerstag, den 4. Januar 1917,
	8001 "	10500: Freitag, den 5. Januar 1917,
	10501 "	Schluss: Samstag, den 6. Januar 1917,

jeweils vormittags von 8 Uhr bis 11 Uhr und nachmittags 13 Uhr bis 6 Uhr im großen Rathhauseaal.

Zur Inziffer einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 27. Dezember 1916. 4250
Das Bürgermeisteramt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Karlsruhe.



Todes-Anzeige.

Unsern Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß nach uns im Monat Dezember 1916 zugegangenen Nachrichten folgende weitere Mitglieder im Kampfe für das Vaterland gefallen sind:

Oswald Dürrschnabel
Hilfsarbeiter, geb. am 8. März 1892 zu Dietzheim.

Theodor Mitschele
Dreher, geboren am 1. Juni 1877 zu Rintheim.

Wilhelm Raunser
Schlosser, geb. am 29. Juni 1882 zu Rue 6. Durlach.

Unsere Mitglieder bitten wir, den teuren Toten ein gutes Andenken zu bewahren. 134

Die Ortsverwaltung.

NB. Insgesamt beklagen wir bisher den Verlust von 131 Kollegen.

Residenz-Theater
Karlsruhe
Waldstr.

Vornehmstes u. ältestes Lichtspiel-Haus am Platze.

Vorführung von nur ersten Filmneuheiten und bester Serien der Saison.

Von Mittwoch bis einsch. Freitag.

Alleiniges Erstaufführungsrecht!

Gartenbau-Verein
Karlsruhe.

Die nächste Monats-Versammlung findet am Mittwoch, den 10. Januar d. Js. statt. 135

Der Vorstand.

Billig abzugeben: Richter-Lofer Grammophon, viele neue doppelseit. Grammophonplatten, St. 1 Mk., Grammophonplatte, Dote 60 Pf., ein neuer Muffelpelz, edler, ganz lang, dunkel, zu 15 Mk. (Anschaffungspreis 35 Mk.), schwarzer Schulterpelz, dunkelblaues Tuchjackett 3 Mk., Klappwagen mit Dach. 137

Bogel, Kaiserstr. 17, part.

Zucker-Verteilung.

Von Freitag, den 5. Januar, ab wird in den bekannten Geschäften auf die Zuckermärkte 1, 2 und 3, gültig vom 1. bis 14. Januar 1917, je 1/4 Pfund = 1/4 Pfund abgegeben.

Die Geschäftsinhaber haben die eingelösten Marken zu sammeln und an die Kartenstelle Festhalle zur Kontrolle abzuliefern.

Karlsruhe, den 2. Januar 1917. 136
Städtisches Nahrungsmittelamt.

Hella Moja
in
Komtesse Hella.

Ein Filmroman in fünf Akten von Horst Emscher unter Spielleitung des

Alwin Neuss.

Lotte besucht die Kinoschule.

Lastspiel in 2 Akten.

Ansderdem die übrigen sehr interessanten und reichhaltigen Darstellungen. 122

Vorzeigen von Vorzugskarten auch anderer Theater berechtigt zur Ermäßigung der Eintrittskarten.

Damen-Pelze
von Mk. 14.75 an
einzelne Mufftaschen
besonders billig

Blüsch-Garnituren
sehr preiswert

Wilhelmstr. 34, 1 St.

Rasier-Klingen
für Sicherh.-App. werd. haarhart geschliffen. Dgd. 90 Fig. 2, 322
Kaiserstraße 18, Laden.

Umzüge mit Möbelwagen od. Rollen, Transporte aller Art, speziell Einpännerfahren billig 4518

K. Muffinger Lessingstr. 20
Telefon 1700.

Konfirmandenkleid
wenig getragen, zu verkaufen 131
Angartenstr. 44, 2. St. rechts.

Bekanntmachung.

Den Fortbildungsunterricht betreffend.

Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren. Fortbildungspflichtige sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.

Zu widerhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärtig hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur verlußt- oder probeweise aufgenommen sind.

Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.

Karlsruhe, den 1. Januar 1917. 133
Das Volksschulrektorat.

Die Reinigung von
Bett- und Tischwäsche

übernimmt zu folgenden Preisen: Oberbettuch von 24 - an, Unterbettuch 20 S., Plumeaubezug 22 S., Kissenbezug 12 S., Sandtuch 8 S., Tischtuch 20 S., Serviette 8 S. 3595

Dampfwaschanstalt August Pfützn
Karlsruhe-Rüppurr, Langestraße 2.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Arbeiterinnen

— nicht unter 16 Jahren — bei hohem Lohn sofort gesucht. 120

Dampfwaschanstalt August Pfützn
Karlsruhe-Rüppurr, Langestraße 2.

Trauer-Kleidung
Hüte

in grosser Auswahl.

Mode-Haus 4051
Hugo Landauer
Kaiserstraße 145.

Kinder-Jacken Verloren ein gold. Arm-band im Galt-haus zur Traube in Durlach. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung im Galtshaus zur „Traube“ in Wilhelmstr. 34, 1 Tr. abzugeben. 125

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtsnachrichten. Franz Topp von Köln-Deutz, Wachtmeister und Offizier-Stellvertreter hier, mit Gertrud Wohleber von hier, Karl Schmidt von Kochen, Kaufmann in Stuttgart, mit Maria Künzler von Zellmann, Friedrich Schramm von Eberbach, Schriftsetzer hier, mit Sofie Bergmann von hier, Adolf Sigmann von Mannheim, Maschinenmeister in Mannheim, mit Anna Ruf von hier, Josef Ihl von Haslach, Reisender in Durlach, mit Barbara Winkler Wwe. von Helmsheim, Josef Viehle von Freiburg, Schlosser hier, mit Margarete Schöbel geb. Klingler von Aretina, Ludwig Wasthaus von hier, Maschinenarbeiter hier, mit Frieda Probst von Neßthum, Beil Müller von Schwenningen, Schreiner hier, mit Emma Ihl von Haslach.

Geburten. Hilda Jann, v. Johann Lohr, Schuhmacher, Kurt Jakob Karl, v. Jakob Wöhrer, Metzgermeister, Gisela, v. Adolf Kureich, Wirt, Eugen Faver, v. Kamill Luz, Sattler, Friedrich Weinhard, v. Friedrich Ritter, Gasarbeiter, Karl Moiss, v. G. H. Effenbraun, Tagelöhner, Käthe Christine, v. Adam Sattel, Schneider, Otto, v. Friedrich Wehlein, Bahnarbeiter, Erwin, v. Wilh. Kaiser, Fabrikarbeiter, Karl Friedrich Günther, v. Gustav Wöhrer, Großh. Antimann, Friedrich Wilhelm, v. Leopold Glaser, Stadtagelöhner.